

Mit Christine Tönneke, Frankenberger im Studio. Guten Abend. Deutschland ebnet nach langer Blockade den Weg für die Reform des europäischen Asylsystems. Italien hat noch Vorbehalte, wir schalten live nach Brüssel. Keine Entschuldigung nach Burgervideo, Bundeskanzler Nehammer verteidigt seine Aussagen über Armutsbetroffene trotz Kritik. Die Reise ehemaliger FPÖ-Politiker zum Taliban-Regime nach Afghanistan hat nun auch eine erste personelle Konsequenz. Und die deutsche Wirtschaft dürfte heuer schrumpfen? Wir berichten außerdem, warum der Windkraftausbau in Österreich still steht. Und das Burgenland weitet das Anstellungsmodell in der Pflege aus. Im Schnal Panorama wiederholen wir heute eine preisgekrönte Sendung zum Thema Demenz. Vergesslich, aber nicht blöd nach dem Abendjournal. Den Anfang macht Daniel Schrott mit der Wetterprognose. Mit 29 Grad der Wärmepol war heute langen Leber an Beitullen, ein Sommertag auch in vielen Landeshauptstätten, in Eisenstadt schon der 21. in diesem September. Und der Spätsommer geht weiter, auch morgen Freitag 21 bis 29 Grad und viel Sonnenschein. Frühnebelwien Oberösterreich und im Klagen vor der Becken lichten sich. Zum Abendhinmorgen von Bayern dann Wolken einer schwachen Front. In der Nacht auf Samstag folgen auch ein paar Regenschauer von Nordwesten her. Das Wochenende. Am Samstag wechselhaft und windig mit Sonne, Wolken und noch einzelnen Schauern. Am Sonntag nach Nebelauflösung viel Sonnenschein. Bis zu 25 Grad am Wochenende und Anfang nächster Woche sogar noch wärmer. Nach monatelangem Widerstand hat Deutschland am Nachmittag den Widerstand gegen den letzten Baustein der EU Asylreform aufgegeben. Beim Treffen der EU-Innenminister stimmte Deutschlands Innenministerin der Krisenverordnung zu. Diese sieht verschärfte Maßnahmen vor, wenn durch besonders viele Migranten eine Überlastung der Asylsysteme droht. So wird es ermöglicht, Grundrechte von Migranten vorübergehend einzuschränken. In Brüssel ist uns dazu jetzt Benedikt Feichtner zugeschaltet. Guten Tag und gleich die Frage an Sie. Jetzt war drei Stunden lang von einer Einigung. Die Rede. Jetzt gibt es doch Komplikationen. Die sehen die aus. Die spanische Ratspräsidentschaft hat heute einen Kompromissvorschlag vorgelegt. Darin steht, dass diese Krisenverordnung nicht so leicht ausgelöst werden kann, damit sie nicht von einzelnen Staaten ausgenutzt werden kann und die dann diesen Hebel benutzen, um die Rechte von Flüchtlingen zu beschränken. Dann gab es eine öffentliche Verhandlung und darin hat eine Mehrheit der EU-Länder gesagt, ja, passt dem können wir zustimmen, diesen Kompromiss. Aber der Teufel liegt im Detail, zumindest hat das die italienische Delegation so gesehen und dann nach der Verhandlung beschlossen, doch noch technische Details zu prüfen. Und ohne Italien kommt keine Mehrheitszustände. Italien hat also noch Vorbehalte gegen die EU-Krisenverordnung. Wie wird das nun weitergehen?

Die anderen EU-Länder sind gerade Deutschland entgegengekommen mit diesem Kompromiss. Vermutlich will jetzt Italien, dass man ihnen auch in irgendeiner Weise entgegen kommt. Ich nehme an, dass das in den nächsten Tagen geschehen wird und dass es dann doch noch zu einer Einigung kommt, aber die Zeit drängt natürlich, weil nach der Einigung ist vor der Einigung. Es muss nämlich noch mit dem EU-Parlament ein Kompromiss gefunden werden und damit sich das vor der EU-Wahl ausgeht, muss das bis Mitte Februar gelingen. Sie werden uns weiter darüber berichten. Benedikt Feichtner, danke für den Moment. Die EU will sich gegen Flüchtlingskrisen wappnen, damit nach Bergkarabach, wo Tausende Karabach-Armenier versuchen, über die gewundenen Bergstraßen nach Armenien zu kommen, nachdem Asarbaycan vergangene Woche die Kontrolle über das Gebiet zurückerobert hat. Heute haben die Behörden in Bergkarabach die Auflösung der Republik verkündet, die vor 30 Jahren ausgerufen worden war. Den armenischen Karabach-Politikern will die als arbeitschanische Regierung den Prozess machen. Karin Koller. Im asarbaycanischen Staatsfernsehen wird gezeigt, wie Ruben Badanyan in Handschellen vorgeführt wird. Demiliaté und ehemaligen Ministerpräsidenten von Bergkarabach wird Finanzierung von Terrorismus vorgeworfen. Ähnliche Anklagen für weitere Bergkarabach-Politiker sind von den asarbaycanischen Behörden gerade in Vorbereitung. Die staatlichen Strukturen, der seit 30 Jahren existierenden, aber international nie anerkannten Republik Bergkarabach werden per ersten Jänner aufgelöst. Von einer logischen Folge des Waffenstillstandsabkommens von vergangener Woche spricht der Jerevaner-Politologe Tigran Grigorian. Die 120.000 Armenier von Bergkarabach sind auf der Flucht, 70.000 von ihnen sind inzwischen schon in Armenien angekommen. Die restlichen werden wohl dieser Tage folgen, so Grigorian. Ethnische Säuberung im 21. Jahrhundert wären die ganze Welt zusehe. Im armenischen Grenzort, Kornitzort, wurde inzwischen ein Auffanglager für die Flüchtlinge aus Bergkarabach eingerichtet. Das Lager platzt schon jetzt aus Allnähten und stündlich kommen weitere Menschen. Wie das wirtschaftlich schwache Armenien mit seinen 2,8 Millionen Einwohnern diesen Flüchtlingsstrom stemmen soll, ist unklar. Ohne große und langfristige internationale Hilfe wird das nicht gelingen. Und wenn diese ausbleibt, so fürchten Experten, könnte es in Armenien zu einem sozialen und wirtschaftlichen Kollaps kommen. Äußerungen über armutsbetroffene Sorgen in Österreich heute für Aufsehen getätigt, vom Bundeskanzler und ÖVP-Chef Karl Nehammer vor Parteifunktionären im Juli. In dem jetzt aufgetauchten Videomitschnitt ist zu sehen, wie Nehammer die laufende Armutsdebatte als verfehlt kritisiert. Wer zu wenig Einkommen bei Teilzeit habe, solle eben mehr arbeiten. Bei fehlenden warmen Mahlzeiten für Kinder verweist er auf Fastfood. Das sorgt für Kritik. Der

Bundeskanzler verteidigt seine Aussagen von damals heute, berichtet Peter Daser. In dem Videomitschnitt spricht Karl Nehammer vor einer Gruppe von Parteifunktionären in einem Lokal. Es geht etwa um Teilzeitarbeit von Frauen. Nehammer nimmt auch Bezug auf Warnungen, dass Kinder aus ärmeren Familien oft keine warme Mahlzeit bekämen. Kritik kommt daraufhin von Hilfsorganisationen wie der Caritas und von der Opposition. Die Freiheitlichen nennen Nehammer abgehoben und eiskalt. Die Neos sehen fehlende Familienkompetenz, SBO-Chef Andreas Barbla sagt. Nehammer vergiftet und spaltet das Land. Er hat hin auf die Leute, die jeden Tag schwer arbeiten, sich um ihre Kinder kümmern und sich trotzdem wenig bis nichts leisten können. Kritik gibt es auch vom Tiroler AK-Präsidenten Erwin Zangerl von der ÖVP. Der grüne Sozialminister Johannes Rauch nennt es zynisch, Menschen in Not auszurichten, sie seien selbst schuld oder sollten Kindern fast food servieren. Nehammer selbst hat in zwischen ein neues Video veröffentlicht, worin er seine Aussagen bekräftigt. Ich habe bei einer Diskussionsveranstaltung mit Funktionären einige Themen angesprochen, die ich für wichtig halte. Ich stehe dazu, dass ich Leistung lohnen muss und ich stehe dazu, dass Eltern eine Fürsorgepflicht für ihre Kinder haben. Unter anderem verweist Nehammer auf verschiedene Sozialleistungen und bei überforderten Familien greife das soziale Netz. Dazu passen aktuelle Daten zur Zahl der Mindestsicherungsbezieher und der Bezieher von Sozialhilfe. Sie sind auch im Vorjahr weniger geworden. Im Jahresschnitt haben rund 190.000 Personen diese Unterstützung in Anspruch genommen. Das sind um rund 9.000 weniger als 2021. Beate Tomasowicz In den letzten fünf Jahren ist die Zahl von Personen, die Mindestsicherung oder Sozialhilfe beziehen, kontinuierlich gesunken. Seit 2017 sind das um fast 50.000 Menschen weniger. Gleichzeitig sind aber die Ausgaben gestiegen. Im Vorjahr wurden 970 Millionen Euro für Mindestsicherung und Sozialhilfe aufgewendet. Im Durchschnitt wurden 741 Euro pro Monat ausbezahlt. Mehr als die Hälfte der Bezieher von Mindestsicherung oder Sozialhilfe kommen aus Drittstaaten. Ein Großteil davon sind Asylberechtigte. Wien, Tirol und Voralpe haben dabei einen deutlich höheren Anteil an Personen ohne österreichische Staatsbürgerschaft als etwa das Burgenland, Niederösterreich oder Kärnten, wo die Mehrheit der Bezieherinnen und Bezieher Inländer sind. Zu den Bezieher von Sozialhilfe gehören auch 60.000 Kinder. Der Großteil ist jünger als 14 Jahre. Die Reise ehemaliger FPÖ-Politiker zum Taliban-Regime in Afghanistan hat nun auch eine personelle Folge im aktuellen Team der Freiheitlichen. Wie heute bekannt wurde, wollte ursprünglich auch der freiheitliche Nationalratsabgeordnete Axel Kassecker mit nach Afghanistan fahren. Er war bis heute auch der außenpolitische Sprecher der Partei. Dieses Amt hat er zurückgelegt. Viktoria Waldeker. Auch er habe Pläne gehabt, mit nach Afghanistan zu Gesprächen mit den Taliban zu reisen, bestätigt Axel Kassecker, Nationalratsabgeordneter der Freiheitlichen heute mit den Berichten. Nach reiflicher Überlegung habe er sich aber umentschieden und sei nicht nach Afghanistan gereist, erklärt Kassecker in einer Aussendung. Die geplante Reise nach Afghanistan war ein riesengroßer Fehler von mir. Ich sehe ein, dass durch meine Vorgangsweise auch die wichtige Funktion des Außenpolitik-Sprechers Schaden genommen hat. Kassecker legt heute mit sofortiger Wirkung seine Funktion als außenpolitischer Sprecher der FPÖ zurück.

In der Partei wollte dazu niemand ein Interview geben. Schriftlich erklärte Parteichef Herbert Kickel, ernehme den Entschluss wohlwollend zur Kenntnis und interpretiere ihn als Akt der tätigen Reue. Kickel hatte sich zuvor schon von der Reise distanziert. Sie sei nicht im Auftrag der Partei und auch ohne Parteifinanzierung erfolgt. Offen bleibt aber weiterhin wer in der Partei von der Reise wusste. Im Außenministerium habe man bereits Ende letzter Woche von der Reise erfahren und die FPÖ auch gewarnt. Auf hoher Beamtenebene wurde der FPÖ-Abgeordnete Martin Graf eindringlich auf die seit Jahrzehnten bestehende Reisewarnung hingewiesen, mit der Bitte, dies an die Reisegruppe weiterzugeben. Der frühere ex-EU-Abgeordnete Andreas Mölzer und der ehemalige Abgeordnete Johannes Hübner sollen bis morgen wieder aus Afghanistan nach Österreich kommen. Auch für sie könnte es Konsequenzen geben. Kickel hat angekündigt mit ihnen sprechen zu wollen. Einen Parteiausschluss schloss er nicht aus. Von der Innenpolitik jetzt zu den Wirtschaftsaussichten im Nachbarland Deutschland. Da korrigieren führende Ökonomen ihre Erwartungen neuerlich nach unten. Die deutschen Wirtschaftsinstitute gehen von einem deutlichen Minus aus, einem Rückgang der Wirtschaftsleistung um 0,6 Prozent. Im Frühjahr waren die Wirtschaftsexperten noch optimistischer, haben ein leichtes Wachstum prognostiziert. Sie geben sich nun zuversichtlich für das kommende Jahr. Aus Berlin Andreas Jolli. Das lange Zeit erfolgsverwöhnte

Deutschland schwächelt immer mehr. Die derzeit unsicheren Zeiten treffen vor allem die deutsche Wirtschaft, die sich bereits seit mehr als einem Jahr im Absprung befindet. Die kurze Erholung nach der Corona-Pandemie wurde durch die Energiekrise infolge des russischen Kriegsgängen

die Ukraine je beendet. Und es geht weiter hinunter, sagt Oliver Holtermöller vom Bleibnisinstitut für

Wirtschaftsforschung in Halle. Alles in allem wird das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2023 um 0,6 Prozent sinken. Damit revidieren die Institute ihre Prognose vom Frühjahr 2023 kräftig nach unten. Der zarte Optimismus vom Frühjahr hat sich nicht bestätigt als wichtigsten Grund nennt der Wirtschaftsforscher, dass sich Industrie und privater Konsum langsamer erholen als erwartet. Aber es

soll bald wieder besser werden. Ein Ende des Absprungs sei in Sicht. 2024 gehen die Wirtschaftsforscher von

einem Wachstum von 1,3 Prozent aus. Vor allem dürfte dann aber die derzeit noch hohe Teuerung deutlich zurückgehen, die Preise nicht mehr so rass ansteigen. Die Inflationsrate dürfte im Jahr 2023 bei 6,1 Prozent liegen und auf 2,6 Prozent im kommenden und 1,9 Prozent im übernächsten

Jahr zurück. Eine Mitschuld an der Flaute sind die Wirtschaftsforscher auch bei der Ampelkoalition in Berlin und warnen vor Subventionen für einzelne Branchen, wie etwa ein gedeckelter Industriestrompreis

für energieintensive Unternehmen. Und sie fordern auch, dass die Strom- und Gaspreisbremse nicht mehr

verlängert wird. Keine Zuwächse, kaum etwas tut sich noch beim Bau von Windrädern in Österreich, der droht eingestellt zu werden. Dabei scheitert es offenbar weniger an den Genehmigungen, sondern an der Finanzierung. Bei der jüngsten staatlichen Förderrunde ist kein einziges Projekt eingereicht worden. Schuld sind laut den Windkraftbetreibern die Inflation und schlechte Förderbedingungen.

Bald zweitem steht laut den Grünen die ÖVP auf der Bremse. Felix Nowak. Der durch Windkraft erzeugte Strom soll sich bis 2030 mehr als verdoppeln, das sehen die Ziele der Bundesregierung vor. Die Windkraftbetreiber kämpfen allerdings mit gestiegenen Baukosten und höheren Kreditzinsen, also mit ähnlichen Problemen wie Häuselbauer. Viele bereits genehmigte Projekte könnten deshalb nicht finanziert und damit nicht umgesetzt werden, sagt heute Fritz Herzog von der Interessenvertretung E-Gewindkraft im Ö1-Mittagsschöner. Es sind jetzt aktuell ungefähr 100 bis 200 Windkraftanlagen, die bewilligt werden, aber jetzt natürlich nicht umgesetzt werden, wenn die Bedingungen so schlecht sind und es kommen ja laufend auch noch zusätzliche genehmigte Anlagen dazu, also sage ich mal auch noch einmal fast in dieser Größenordnung. Herzog fordert bessere Förderbedingungen. Das staatliche System sieht keine fixen Zahlungen an Betreiber vor, sondern vereinfacht gesagt eine Garantie für Banken, zumindest in Zeiten hoher Strompreise. Sprich, der Staat garantiert einen gewissen Preis pro Kilo Wattstunde, auch wenn der Strompreis sinken sollte. Die Grünen haben sich bereits vor der jüngsten Förderrunde für eine höhere Fördergrenze eingesetzt, doch das sei an der ÖVP gescheitert, sagt der grüne Energiesprecher Lukas Hammer. Damals konnten wir uns nicht darauf einigen und da wurde dann gesagt, okay, wir schauen wie die nächste Ausschreibung läuft. Diese Ausschreibung ist leider nicht gut verlaufen und ich glaube, wir sehen das Problem und ich werde so rasch wie möglich mit der ÖVP Gespräche führen, damit wir da zu einer guten Lösung kommen. Bart, konkret bei ÖVP-Energiesprecherin Tanja Graf, gibt es heute auf Anfrage keine Stellungnahme. In Oberösterreich ist heute die Österreichweit erste Wasserstoffproduktion in einem industriellen Umfeld in Betrieb gegangen. Die Anlage des Energiesprecherunternehmens RAK macht ihn Kremsmünster aus Erdgas-Wasserstoff und festen hochreinen Kohlenstoff, ohne CO<sub>2</sub>-Emissionen mit Sonnenstrom. Mehr von Robert Fürst. Wasserstoff gilt als einer der wichtigsten Energieträger der Zukunft. Hochreiner Kohlenstoff wiederum wird als wertvoller und derzeit auch knapper Rohstoff in verschiedenen Industrien, zum Beispiel in der Medizintechnik oder in der Luft- und Raumfahrt verwendet. Auch für die Produktion von Batterien, Computerchips oder Kohlenstofffasern kommt er zum Einsatz. In der neuen Anlage Kremsmünster wird Methan, also von der RAK gefördertes Erdgas, in Wasserstoff und festen Kohlenstoff gespalten. Die für diesen Prozess notwendige Energie kommt aus CO<sub>2</sub>-freiem Sonnenstrom. Der Wasserstoff kann dann in den Energiespeichern der RAK aufbewahrt werden. Im Blockheizkraftwerk in Griffth bei Kremsmünster, dem ersten Wasserstoffkraftwerk Österreichs, wird der klimaneutrale Energieträger für die Eigenstrom- und Wärmeversorgung des Standorts genutzt. In den kommenden Wintern kann die Energie auch bis zu 800 Haushalte mit Fernwärme und Strom in der Region Kremsmünster versorgen. Über das voraussichtliche Schrumpfen der deutschen Wirtschaft haben wir in dieser Sendung schon berichtet. Jetzt zur Frage, wo läuft es wirtschaftlich in Österreich gut? Die meisten Firmen pleiten hat es im ersten Halbjahr im Handel gegeben, im Bau und im Tourismus. Der Bau leidet stark. In der Gastronomie und der Hotellerie sowie

auch in Teilbereichen des Handels laufen die Geschäfte aber durchwegs gut. Bisher jedenfalls berichtet Maria Kern. Die wienere Imbrigite Haller betreibt in Hitzing ein kleines Modegeschäft. Mit dem Geschäftsverlauf ist sie sehr zufrieden. Also wir sind positiv überrascht. Nach all diesen schlechten Prognosen, die von draußen geliefert werden, freuen wir uns sehr, dass unsere Kunden uns treu bleiben und wir sehr gute Umsätze machen. Dass der Modehandel trotz vieler Insolvenzen immer noch relativ gut läuft, bestätigt auch Branchenanalys Andreas Kreuzer. Aktuell kann sich der Modehandel, der Bekleidungshandel im Vergleich zu anderen Einzelhandel sparten noch recht gut halten und wird heuer voraussichtlich mit einem realen Plus abschließen. Noch etwas stärker gestiegen sind die Umsätze in Gastronomie und Hotellerie und auch im Autohandel. Der große

Gewinner sind aber Reisebüros und Reiseveranstalter. Sie hätten im ersten Halbjahr so Kreuzer zweistellige

Umsatzzuwächse erzielt. Gesundheitsthemen jetzt. Zu wenig Vorsorge in der Kindermedizin beklagen

heute die österreichische Gesellschaft für Kinder- und Jugendheilkunde. Die Nachwirkungen der Corona-Pandemie seien immer noch zu spüren. Vorsorgeuntersuchungen und Beratungsgespräche

sind ausgefallen. Hinzu kommt wegen geschlossener Schulen und Lockdowns haben sich Kinder und Jugendliche noch weniger bewegt als zuvor. Malene Novotny. Jedes fünfte Kind in Österreich ist übergewichtig. Statt dem Freien zu spielen oder Sport zu treiben, verbringen junge Menschen immer

mehr Zeit vor Bildschirmen. Bei Jugendlichen seines bis zu zwölf Stunden pro Tag, sagt Daniela Karal Präsidentin der österreichischen Gesellschaft für Kinder- und Jugendheilkunde. Und selbst bei den unter sechsjährigen habe sich mit der Pandemie ein starker Anstieg bei der sogenannten Medienzeit beobachten lassen. Mit Blick auf die ärztliche Vorsorge, also Beratungsgespräche und Impfungen, habe man ein weiteres Problem in Österreich. Im Bereich der Kinder- und Jugendheilkunde sind

derzeit 115 Stellen im Spital und in Kassenordinationen nicht besetzt und in den nächsten sieben Jahren

werden knapp 170 Kinderärztinnen und Kinderärzte in Pension gehen. Am heutigen Save a Boschenday

fordern Frauenrechtsaktivistinnen Angebote für Schwangerschaftsabbrüche in allen Spitalern.

Wenig Möglichkeiten haben Frauen hier vor allem in Westösterreich berichtet, Veronica Mauler.

Die Abtreibungsdiskussion ist in Österreich aktueller denn je, denn in Vorarlberg hört der einzige Frauenarzt, der Abtreibungen anbietet, Ende des Jahres auf. Um eine Nachfolgelösung wird gerungen und auch in Tirol gibt es nur zwei Adressen für Frauen, die ungewollt schwanger sind.

Julia Schatz vom Aktionskomiteeschwangerschaftsabbruch. Frauen müssen aktuell einfach auch weite Wege hinter sich bringen, um den Abbruch vornehmen zu lassen. Das ist nicht zielführend, das ist nicht zeitgemäß. Abtreibungen werden in den meisten Ländern Westeuropas von der Krankenkasse

übernommen. In Österreich muss man selbst bezahlen bis zu 900 Euro. In Tirol verwalten mehrere Frauenrechtsorganisationen gemeinsam einen Härtefallfonds. Die Abteilung Soziales übergibt uns eine Geldsumme und von der können wir Abbrüche dann bezahlen. Schwangerschaftsabbrüche

gäbe es in allen Gesellschaften, sagt Schatz. Die Frage sei nur, wie sicher man sie gestalte. Im Burgenland wird das Pflegeanstellungsmodell ausgeweitet. Bisher konnten sich nur Angehörige, der zu pflegenden Menschen anstellen lassen. Mit Jahresbeginn 2024 wird das auf Vertrauenspersonen ausgeweitet. Günter Wels mit den Einzelheiten. Menschen, die ihre pflegebedürftigen Angehörigen im Burgenland pflegen, können sich seit November 2019 anstellen lassen. 467 haben das seither gemacht. Mit erst im Oktober werden aktuell 284 Menschen im Anstellungsverhältnis ihre Angehörigen pflegen. Dass ab kommendem Jahr auch sogenannte Vertrauenspersonen angestellt werden können, sei eines der Ergebnisse einer Studie. Landesrat Leonhard Schneemann kündigt zukünftig müssen alle betreuenden Angehörigen oder auch die betreuenden Dritten, müssen hier zwei Jahre lang den Hauptvonsitz im Burgenland gehabt haben. Genauso, und das war schon integrativer Bestandteil, müssen auch die zu betreuenden Angehörigen hier zwei Jahre lang ihren Wohnsitz im Burgenland haben. Hier gibt es allerdings einige Ausnahmen. Vertrauenspersonen müssen, so wie bisher Angehörige auch, einen entsprechenden Pflegekurs absolvieren oder eben aus dem Pflegebereich kommen. Aber darüber hinaus ist der wichtigste Faktor, dass diese beiden Menschen, das ist so wichtig, auch gemeinsam diesen Modell bestreiten wollen und auch gemeinsam bereit sind, in diese Variante einzusteigen. Ergänzt Landeshauptmann Hans-Peter Doskozil. Das Gehalt für die Vertrauenspersonen ist ebenfalls dem der pflegenden Angehörigen angepasst. In der Pflege Stufe 5 beispielsweise und 40 Stunden sind das rund 2.000 Euro netto pro Monat, heißt es heute. In Stockholm sind heute die Preisträger der alternativen Nobelpreise bekannt gegeben worden, damit werden Organisationen für ihren Einsatz für humanitäre, soziale oder ökologische Projekte ausgezeichnet. Heuer sind die Preise an Aktivistinnen und Aktivisten in Ghana, Kambodscha und Kenya gegangen und an die Organisation SOS-Mediterranee für ihre Migranten-Rettungsaktionen im Mittelmeer. Jeder habe die Kraft, Dinge zu ändern. Das würden die Gewinner der alternativen Nobelpreise aufzeigen, sagt der Direktor der Right-Livelihood-Award-Stiftung Ole von Uxkül. Mit dem Eintreten für Menschenrechte oder für Umweltschutz oft unter Lebensgefahr. Zum Beispiel die kenianische Umweltaktivistin Feliso Mido, die sich juristisch und in der Öffentlichkeit gegen die Umweltvergiftung durch große Industriebetriebe aufgelehnt hat. Wirbürden unseren Kindern und Enkeln mit der Umwelterstörung eine große Last auf, sagt Feliso Mido. Mit welchem Recht tun wir das? Die kambodianische Jugendorganisation Mother Nature Cambodia deckt Umwelterstörungen auf und schärft das Umweltbewusstsein junger Menschen. Und das unter extrem schwierigen Bedingungen im autoritären Kambodscher, sagt Ole von Uxkül. Die Organisation SOS-Mediterranee wurde für ihre Seenotrettungen von Flüchtlingen und Migranten im Mittelmeer ausgezeichnet. Seit ihrer Gründung 2015 hat SOS-Mediterranee 39.000 Menschen in Sicherheit gebracht. Denn Ehrenpreise erhielt heuer die Garnasche Erzdin Eunice Brugman Amisa für ihren Einsatz für sicheren Zugang zur Abtreibung für Frauen in mehreren afrikanischen Ländern. Berichtet Ernst Kernmeier im Nachrichtenstudio ist Rosanna Azarra die Meldungen.

Nachdem sie in Rotterdam in den Niederlanden ein Unbekannter in Militärbekleidung an zwei Orten um sich geschossen hat, spricht die Polizei mittlerweile von mehreren Toten. Genauer ist noch nicht bekannt. Ein Verdächtiger, nachdem Spezialeinheiten und ein Hubschrauber gesucht haben, ist gefasst, er soll in einem Hörsaal der Uniklinik und in einer Wohnung das Feuer eröffnet haben. Russland erhöht seine Militärausgaben drastisch. Nächstes Jahr sollen die Verteidigungsausgaben auf umgerechnet rund 106 Milliarden Euro steigen. Das ist ein Plus von fast 70 Prozent im Jahresvergleich. Der Kreml begründet die massive Erhöhung mit dem Krieg, der gegen Russland geführt werde. Das Meinungsforschungsinstitut Sorra zieht nach dem SPÖ-Strategiepapier Konsequenzen. Geschäftsführer Günter Ogris legt sein Amt mit sofortiger Wirkung zurück, spricht von einem Fehler, den er sehr bedauere. Sorra soll nun nach strengen Transparenzstandards neu aufgestellt werden. Ogris hatte das Strategiepapier für die SPÖ ohne Auftrag erstellt und unabsichtlich ein 800-Mil-Empfänger geschickt. Der britische Schauspieler Michael Gambon ist gestorben, er wurde 82 Jahre alt. Gambon ist durch seine Rolle als Albus Dumbledore dem Leiter der Zauberschule Hogwarts in den Harry Potter-Filmen Weltberühmt geworden. Das Wetter wird morgen in ganz Österreich sonnig, bei 21 bis 29 Grad. Dankeschön und für Ihr Interesse am Abendjournal. Bedankt sich Ihr Journalteam Christian Williwald, Anna Kunze und Christine Tönige-Frenkenberger. Elisa Wasch begleitet sie weiter.